

Ein kontinentales Manifest

Niemand ist eine Insel, in sich ganz; jeder Mensch ist ein Stück des Kontinents, ein Teil des Festlandes. Wenn eine Scholle ins Meer gespült wird, wird Europa weniger, genauso als wenn's eine Landzunge wäre, oder ein Landgut deines Freundes oder dein eigenes. Jedes Menschen Tod ist mein Verlust, denn ich bin Teil der Menschheit; und darum verlange nie zu wissen, wem die Stunde schlägt; sie schlägt dir selbst.

John Donne, 1624

Europe must federate or perish.

Clement Attlee, 1939

Entzweites Europa, abhängiges Europa

Die Endlichkeit der Welt wird der Menschheit langsam bewusst. Die Europäer regieren diese Welt nicht mehr. Und das ist gut so. Aber Europa, ihr uneiniger Kontinent, ist nicht einmal fähig, einen positiven Beitrag zum globalen Regierungssystem zu leisten. Dieses Machtvakuum wirft die Beziehungen zwischen den größten Staaten aus dem Gleichgewicht. Die Vereinigten Staaten von Amerika haben seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs nicht eine internationale Krise allein lösen können. Russland denkt von sich selbst immer noch in den Kategorien eines Reiches. Allein China ist in der Lage, das alte Gleichgewicht aus Zeiten des Kalten Krieges anzufechten, und ohne ein geeintes Europa wird sich das neue nur schwer einstellen.

Die Zunahme von Extremen – Klimaänderung, Zerstörung der Biodiversität, Zunahme von Ungleichheiten – ist der sichtbare Beweis, dass unser Wachstumsregime, hervorgegangen aus der industriellen Revolution in Europa, nicht nachhaltig ist. Diese Entwicklung kündigt die Erschöpfung der Erde an – als Konsequenz der Gewinn- und Konsumorientierung, die auf dem Abbau und dem Verbrauch fossiler Brennstoffe und Metalle basiert.

Die öl- und gasproduzierenden Rentenökonomien sind Horte von Allmacht-Illusionen. Mangels einer gemeinsamen Europäischen Energiepolitik hat die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern die nationalen Energiepolitiken den Autokraten im Mittleren Osten und in Eurasien unterwürfig gemacht. In der Zwischenzeit haben die Europäischen Nationalstaaten entschieden, ihr souveränes Recht aufzugeben, Haushaltsdefizite und langfristige Investitionen über Zentralbankvorschüsse an die Staatskasse zu finanzieren. Stetig wachsende Zinsschulden an private Banken (den einzig verbliebenen Kreditgebern) sind aufgelaufen und die öffentlichen Schuldenstände in die Höhe geschossen. Die so genannte Staatsverschuldung hat wiederum die nationalen Wirtschafts- und Sozialpolitiken den Regeln und Vorlieben der Finanzmärkte unterworfen.

Diese zweifache Abhängigkeit der uneinigen europäischen Staaten, energetisch und finanziell, verdammt den Staat als Strategie und wohlfahrtsstaatlicher Umverteiler zu sicherer Verarmung. Dies ist das Vorspiel zur extremen Hoffnungslosigkeit in den ländlichen Gebieten und Regionen, in denen sich die Industrie zurückgezogen hat, während Digitalisierung und Roboter in großem Ausmaß Arbeitsplätze zerstören und die Prekarität rasant wächst.

Ein wenig Geschichte zum besseren Verständnis

Von Uneinigkeit auf energetischer und finanzieller Ebene zu sprechen, mag überraschen, wenn man bedenkt, dass die Ursprünge der Europäischen Union in der Zusammenlegung der Kohle- und

Stahlproduktion lagen (Vertrag von Paris, 1951), gefolgt von der zivilen Nutzung der Kernkraft (Euratom, 1957). Das jüngste Ergebnis der europäischen Einigung, das niemand übersehen kann, ist die gemeinsame Währung (1999), die mittlerweile in 19 Mitgliedsstaaten in Umlauf ist. Und dennoch: **die Uneinigkeit Europas ist das Ergebnis sukzessiver Verweigerungen Frankreichs, entscheidende Schritte zur politischen Einheit zu gehen.** Mit der **ersten Ablehnung** (1954) verweigerten sich die Franzosen der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft und damit auch der politischen Gemeinschaft, die mit ihr verbunden war (zweiter Vertrag von Paris, 1952). Und das, obwohl die Europäische Verteidigungsgemeinschaft eine französische Initiative war, ebenso wie die EGKS und Euratom. Diese Kehrtwende überraschte und enttäuschte die damaligen fünf Partner Frankreichs.

Die **zweite Verweigerung** Frankreichs richtete sich gegen einen Vorschlag der Kommission eines gemeinsamen föderalen Budgets (1965), die **dritte** und die **vierte** waren stillschweigende Ablehnungen deutscher Vorschläge, eine erste politische Kernunion zu bilden (1994) oder gar eine Föderation (2000). Die **fünfte** Ablehnung aus Frankreich fand in Form eines Referendums statt (2005) und richtete sich gegen einen sogenannten „Verfassungsvertrag“. Dieser Vertrag beinhaltete den bedeutenden Vorteil, eine stärker demokratische Richtung einzuschlagen. Gleichzeitig hatte er allerdings unpassender Weise die Geld- und Wirtschaftspolitik im Monetarismus und im Laissez-faire früherer Entgleisungen verankert, wodurch sich der Integrationsprozess erneut von den Gründungsverträgen entfernte. Stattdessen hätte die Union vom Einfluss politischer Tendenzen befreit werden müssen und ihr die diskretionäre Macht und die Ressourcenautonomie gegeben werden müssen, an der es ihr schnell mangelte, als die nächste Krise aufzog (2008).

Die europäische Integration ist von jeher der lange Versuch gewesen, Europa die Farbe und den Geschmack von Einigkeit zu geben, ohne es jemals wirklich zu föderieren – ohne jemals entschieden die Frage der Souveränität anzugehen, das heißt ohne die Souveränität der Staaten zu einzuschränken, zugunsten einer gemeinsamen begrenzten aber realen Souveränität. Die Mitgliedstaaten der EU sind heute zwar nach wie vor „souverän“. Es ist jedoch eine künstliche Souveränität, seit sie ihre wahre Souveränität an fremde Machttträger oder die Macht des Geldes abgetreten haben. **Die Regierungen und die Union haben die Öffentlichkeit in die gefährliche Illusion getrieben**, (i) dass die bürokratische und wirtschaftliche Integration Stück für Stück auch eine psychologische Integration nach sich ziehen würde und (ii) dass man, indem man Europa auf diese Weise herstellt, quasi auf dem Weg dahin, Europäer hervorbringt und den Weg zu den Vereinigten Staaten von Europa ebnet, von denen Victor Hugo bereits träumte, die von den Gründern gedacht und gewollt wurden. Immer galt dieses Ziel für „später“, immer für die Zeit nach der jeweils amtierenden Regierung.

Uneiniges Europa, unvorbereitetes Europa

Die Europäische Integration hat sehr gut als Beschleuniger von intensiven Wechselbeziehungen und Abhängigkeiten gewirkt. Aber nationale Regierungen haben ein Mandat, ihre Nationalstaaten zu regieren und nicht Europa zu befähigen, selbst zu entscheiden und diese Interdependenzen zu managen, vor allem dann, wenn die Dinge schief gehen. Europa war nicht vorbereitet, um Gefahren als ein Volk gegenüberzutreten. Europa war nicht vorbereitet als die Krise in Georgien kam, die Finanzkrise, die Krise in der Ukraine, die Flüchtlingskrise und die Attacken der Terroristen. Es scheint so, als hätten diese Krisen nichts miteinander gemein. Aber in keinem dieser Fälle **konnte sich Europa gegen diese Widrigkeiten schützen, aufgrund seiner mangelhaften und unvollendeten Union.**

Die Krisen in Georgien, und mehr noch die in der Ukraine, haben gezeigt, dass die Unvereinigten Staaten Europas, selbst jene mit nuklear bewaffneten Streitkräften, einen mächtigen Nachbarn nicht davon abbringen können, über einen schwächeren Nachbarn herzufallen, geschweige denn Einfluss auf die Entscheidungen von NATO oder US-Diplomatie zu nehmen – zumindest nicht auf eine Weise, die mit den Interessen der Europäer vereinbar ist. Die energietechnische Abhängigkeit gegenüber dem

Aggressor ist ein entscheidender Grund für Europas kollektive Schwäche. Die friedfertige Vision eines post-modernen und vor Kriegen geschützten Europas, ausgestattet mit soft power anstatt mit hard power, ist das Erbe eines liberalen Internationalismus, demgemäß der freie Handel Staaten von Eroberungsgeist und Imperialismus heilt. Was für ein verhängnisvoller Irrglaube!

Ein freies Europa wird ein energiepolitisch unabhängiges Europa sein. Ein freies Europa wird ausgewogene Wirtschaftsbeziehungen mit einer arabischen Welt und einem Russland haben, die sich von ihren Systemen der Rentenökonomie gelöst und gleichzeitig gelernt haben, ihr bedeutendes Humanpotenzial zu nutzen; es wird ein Europa sein, das durch die Aufstellung gemeinsamer bewaffneter Streitkräfte, den Willen kundtut, die eigene Sicherheit und die seiner Nachbarn in die Hand zu nehmen; und, gegebenenfalls, ein Europa, welches das französische Nukleararsenal übernimmt, und dadurch befähigt wird, sein Territorium abzusichern und seine Unversehrtheit zu garantieren, ohne von irgendeiner anderen Macht abhängig zu sein. Es wird damit auch in der Lage sein, eine Welt ohne Nuklearwaffen zu verhandeln. Alle diese Entwicklungen setzen Entscheidungs- und Verantwortungseinheit voraus, sowie Verhandlungsmacht und Befehlsgewalt – alles das also, was heute in einem unvollendeten Europa so dringend fehlt.

Die Kaiser sind nackt

Die Finanzkrise, mit ihrem Ursprung in den USA, hat die Unvollständigkeit der Währungsunion mehr als deutlich gemacht. Das Fehlen einer autonomen Haushaltsbefugnis hat die Eurozone zu einem „regelgebundenen Führungsstil“ gezwungen, verhandelt unter Ausschluss der Öffentlichkeit und den Gemeinschaftsinstitutionen sowie den nationalen Parlamenten aufgezwungen. Als Ergebnis sind letztere zu reinen Registrieranstalten geworden. Das Fehlen haushaltspolitischer Autonomie für die Eurozone bedeutet: Keine gemeinsame diskretionäre Politik, sondern im Gegenteil ein Wiedererstarben „nationaler Interessen“, an erster Stelle jener Deutschlands. Es wäre naiv zu glauben, dass das nationale Interesse das Interesse einer „Nation“ oder das eines „Volkes“ ist, während es sich in Wirklichkeit um die Interessen des politischen Personals eines Landes und seiner Banken und Konzerne handelt, insbesondere in Deutschland und Frankreich.

Die Abweisungen aus Frankreich in Richtung Deutschland zur Jahrhundertwende waren sogar für das „Europäische Deutschland“ zu viel, und seine Nachbarn haben dafür die saure Frucht eines „Deutschen Europas“ geerntet. In diesem hat sich Berlin durch verhandelte Lohnsenkungen einen enormen Wettbewerbsvorteil geschaffen (2000), deren deflationistische Effekte in der Eurozone einer Abwertung in einem System fester Wechselkurse gleichkommen. Aus ideologischen Gründen wollte die deutsche Regierung die Nachfrage nicht über öffentliche Ausgaben anregen, da sie dafür ein Haushaltsdefizit und eine erhöhte Gesamtverschuldung hätte in Kauf nehmen müssen. Stattdessen hat Deutschland seinen Nachbarn Marktanteile abgerungen. Ob die Effekte dieses Gesellschaftsmerkantilismus nun beabsichtigt waren oder nicht, sie sollten Berlin jedenfalls dazu bringen, zweimal nachzudenken, bevor es sich in der aktuellen Krise mit seiner Wirtschaftsleistung brüstet. Hätten andere Regierungen in der Eurozone das bisschen mehr Mut, das es bräuchte, um darauf zu antworten, sollten sie sagen, dass die momentane wirtschaftliche Prosperität Deutschlands das Ergebnis eines Diebstahls ist. Ein wenig mehr Ehrlichkeit würde zu der Erkenntnis führen, dass Berlin keine andere Wahl hatte in einem Europa des Wettbewerbs zwischen Staaten, zu dem sich alle verpflichtet hatten und aus dem die Solidarität verbannt wurde.

Aber das Gegenteil ist der Fall: Diese Länder haben versucht, in blinder Nachahmung ihres „deutschen Modells“, den deutschen Wettbewerbsvorteil zu verringern, indem sie sich selbst gegeneinander in einen **deflationistischen Wettkampf** stürzten. Dieser ungebremste Wettkampf zwischen ihren Lohn-, Sozial- und Steuersystemen verzerrt den Wettbewerb zwischen Unternehmen, mit denselben Effekten auf die reale Wirtschaft wie die **Abwertungswettläufe** der Zwischenkriegszeit oder die sogenannte „*competitive disinflation*“ zur Zeit des Europäischen Währungssystems (1979-1999). In dieser Konkurrenzsituation zwischen Staaten haben die Länder der Eurozone keine Chance,

Handelüberschüsse zurückzugewinnen, es sei denn sie setzen zügig Sparpolitiken um oder Deutschland lässt höhere Löhne zu. Diese offensichtlichen Verzerrungen des Wettbewerbs zwischen Unternehmen haben die Regierungen dennoch nicht davon abgehalten, ihr Bekenntnis zu erneuern, genau dies zu verhindern (Vertrag von Lissabon, 2009). Dies ist der Gipfel der Heuchelei!

Seit der Finanzkrise und der gemeinsamen Rettung der toxischen Gespanne aus verschuldeten Staaten und kreditgebenden Banken hat es reichlich Entscheidungen gegeben. Am Ende jedoch kamen sie zu spät und waren allesamt unzureichend (Europäischer Ausschuss für Systemrisiken, 2009; Europäische Finanzstabilisierungsfazilität, 2010-2013, und Europäischer Finanzstabilitätsmechanismus, 2011-2013; Europäischer Stabilitätsmechanismus und Europäischer Fiskalpakt, 2012; Aufkauf von Staatsschuldpapieren auf den Sekundärmärkten durch die EZB, 2012; Quantitative Lockerung der EZB, 2015). Sie waren ausnahmslos das Ergebnis einer langen Reihe von Sitzungen des Europäischen Rates, jedes Mal Sitzungen der so genannten „letzten Chance“, ohne dass sich die Staaten jemals aus der Abhängigkeit befreiten, in der die Gläubigerbanken sie hielten. Und ohne dass sie das vor allem von Deutschland propagierte Dogma aufgaben, wonach die Ausgaben eines Staates genauso verwaltet werden müssten, wie die der schwäbischen Hausfrau oder die eines Lebensmittelhändlers in den englischen Midlands.

Die Kaiser haben Angst

Der Grund dafür ist einfach: Kein Staat akzeptiert freiwillig, dass seine *Peers* – und noch viel weniger eine föderale Instanz – sich in die undurchsichtigen Angelegenheiten zwischen Macht und Geld einmischen. Kein Staat kann das Risiko eingehen, dieses abgekartete Spiel im Rampenlicht zu präsentieren. Kein Staat wird die jahrelangen Fehler zugeben, die im Namen einer ungeeigneten Doktrin gemacht wurden, die von unbegrenzter Rationalität der wirtschaftlichen Akteure, von der Neutralität des Geldes und von der Selbstregulierung der Märkte ausgeht und die letztlich der öffentlichen Gewalt untersagt, der Öffentlichkeit menschenwürdig zu dienen. Keine der Regierungen will zugeben, nachdem sie es geleugnet haben, dass es nicht auf die Höhe der Verschuldung, sondern auf ihre Tragbarkeit ankommt, das heißt auf die Fähigkeit, Schulden zurückzuzahlen, nämlich auf den Barwert der zu erwartenden Budgetüberschüsse, ohne Zinsen, die es erlauben, den Verschuldungsstand zu senken.

Die Mitgliedstaaten fürchten nicht den Ausbau der Währungsunion an sich, der erforderlich ist, um die Verschuldungskrise zu lösen und um die Wirtschaft der Eurozone steuern zu können. Eine Bankenunion und eine Fiskalunion wurden beide frühzeitig von der Europäischen Kommission vorgeschlagen. Es ist die große Enthüllung ihrer Praktiken, das Ordnen der Dinge und die anschließende Sanierung, die mit der **Erstellung eines föderalen Finanzministeriums** einhergehen. Im Übrigen bliebe diese Behörde ohne Legitimität, und damit ohne Autorität, es sei denn, sie würde in ein **vollständig gemeinsames föderales Regierungssystem integriert werden, verfassungsmäßig, demokratisch und souverän**. Die bürgerliche Forderung einer Gewaltentrennung auf europäischer Ebene, einer Trennung der Gewalten zwischen der europäischen und der nationalen Ebene, die Forderung der Bekämpfung von Steuerhinterziehung, von Korruption und von Privilegien, die abgeschafft, aber immer wieder hergestellt worden sind, die Forderung von Transparenz nach nordischen Standards – dies sind die Dinge, die die Regierungen fürchten. Das ist der Grund, weshalb politische Parteien, absichtlich oder nicht, die Angst vor Europa in der öffentlichen Meinung wach halten.

Der gestohlene Traum: die Dynamik der Integration

Die Geschichte der europäischen Integration kann als Überlagerung von zwei Kräften verstanden werden:

1. **Die erste ist politischer Natur: ihr Ausgangspunkt war eine bedeutende Innovation in den internationalen Beziehungen, ein Prozess der von einem System souveräner Staaten zu einem föderalen Staat führen sollte, nach einer innovativen Methode der institutionalisierten und zielgerichteten Kooperation, der sogenannten Gemeinschaftsmethode, in Anlehnung an die Gemeinschaften EGKS (1951) und die EWU (1957). Mit der Verwaltung dieses Prozesses in sukzessiven Stadien wurden gemeinsame Institutionen betraut, gedacht als Vorläufer einer Föderation, in die sich die Staaten wandeln sollten. Diese Art der Kooperation wurde durch die Einstimmigkeitsregel der Staaten im Rat, eingeführt auf Wunsch Frankreichs und immer stärker von seinen Partnern imitiert, zu einer quasi-permanenten Verhandlung reduziert. Dieser Prozess ähnelt stark der Praxis in multinationalen Organisationen. Nach de Gaulle und seit Thatcher besteht permanent die Möglichkeit des Vetos durch einen Mitgliedsstaat. Die Ablehnung des deutschen Angebots einer Föderation im Jahr 2000 in einer Situation, in der die Einführung des Euro die politische Union eigentlich erfordert hätte, kann als eine komplette Umkehr der ursprünglichen Absichten der französischen Diplomatie, so, wie sie Frankreich 1950 zum Ausdruck gebracht hatte, verstanden werden.**

2. **Die zweite Dynamik ist ökonomischer Natur und bezieht sich auf den Rahmen der Integration, zuerst im Westen, dann in der gesamten Welt: die Europäische Gemeinschaft ist im Kontext eines internationalen Währungssystems entwickelt worden, durch das Europa vor Wechselkursschwankungen geschützt war und das eine Währungsunion überflüssig machte. Zur gleichen Zeit waren Wirtschaftswachstum, Vollbeschäftigung, Wohlfahrtsstaat und sozialer Frieden gesichert. Die Währungsstabilität wurde schließlich durch die Destabilisierung dieses Systems (1971) untergraben und konnte erst wieder am Ende des langen Weges zum Euro hergestellt werden, während sich Arbeitslosigkeit und unsichere Lebensverhältnisse verfestigten und bevor die Finanzkrise den Kontinent zuerst in Depression und dann in Stagnation führte. Der Multilateralismus Keynes-scher und Roosevelt-scher Prägung hatte, ganz im Geist des Washingtoner Konsenses, den Weg zu einer Flucht nach vorn frei gemacht, hin zu Privatisierung und Deregulierung. Akademisch inspiriert durch Hayek und politisch durch Thatcher hat dies im Kern der Eurozone, in Deutschland, zum Sozialmerkantilismus Berlins geführt, das seinen Nachbarn ein strenges Spardiktat aufgezwungen hat, gegen den von Europa gewollten wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt.**

Die Mitgliedstaaten haben den Völkern die Union weggenommen, während nationale politische Parteien das Vertrauen der Bürger verloren haben. Die Union hat angesichts einer schwachen Bilanz in punkto Effizienz und Gerechtigkeit, eine schwache Überzeugungskraft und tut sich schwer, ihre demokratische Legitimität wieder zu gewinnen, wie das geringe Interesse der Bürger an den Europawahlen zeigen.

Der Traum kam mit großen Worten, doch es sind keine Taten gefolgt. Die Staaten sind nicht müde geworden, Versprechen abzugeben, ihrer Pflicht jedoch, Einigkeit herzustellen, kommen sie nicht nach. Angesichts neuer Risiken befinden sich Bevölkerungen und politische Eliten heute in einem Zustand moralischer Panik. Zwischen Wählern und Gewählten findet keine Kommunikation mehr statt, was ausschließlich den Feinden der offenen Gesellschaft nützt, den inneren wie den äußeren.

Wählen ohne eine Wahl zu haben

Immer in Sorge, verlorenen Ruhm oder Legitimität wiederzuerlangen, verpassen die Nationalstaaten keine Gelegenheit daran zu erinnern, dass sie rechtlich gesehen die Herren der Verträge sind. Das ist der Schleier mit dem sie schamhaft die harte Realität im Krisen-Europa verdecken: Die Gläubiger sind

die Herren zwischenstaatlicher Kompromisse. Die stets zu spät getroffenen Entscheidungen sind nichts anderes als ambitionslose Abkommen, Puschereien in letzter Minute. Sie sind entstanden mit der einzigen Sorge im Hinterkopf, wie sie von der nationalen Öffentlichkeit wahrgenommen werden könnten. Die situativen Gemeinsamkeiten der europäischen Bevölkerungen werden absichtlich zu Gunsten künstlicher Unterschiede verschleiert, was Neid oder Ressentiment wachhält und in manchen Fällen sogar zu Beleidigungen führt und Hass schürt. Die Mitgliedstaaten sind, als Parteien solcher Kompromisse, eigentlich rechtlich gleichgestellt, de facto sind sie es aber nicht: Gläubiger und Nettobeitragszahler sind gleicher als andere. Alle aber bleiben sie in den Fängen des privaten Bankensystems gefangen, dem einzigen Nutznießer des Geldschöpfungsprozesses, da die Staaten sich den Zugang dazu selbst untersagt haben.

Die politischen Parteien verhalten sich dann nach folgendem Schema: Kompromisse zwischen Mitgliedstaaten werden auf Basis eines Konsenses zwischen konservativen und progressiven Parteien erreicht, welche die Regierungen bilden. Sehr häufig befriedigt das erreichte Gleichgewicht am Ende der Verhandlungen weder die einen noch die anderen. Trotzdem beglückwünschen sich die Gesprächspartner zu ihrem „guten“ Kompromiss. Danach kehren sie in ihre jeweiligen Hauptstädte heim und verkünden, sie hätten sich durchgesetzt, womit sie dem nationalen Ehrgefühl kurzzeitig schmeicheln, was jedoch nicht lange anhält. Die Wähler ihrerseits werden fast genauso schnell gewahr, dass der erreichte Kompromiss für alle Linkswähler zu rechts und für alle Rechtswähler zu links ist, und für beide Seiten zu nah an den Vorgaben der Gläubigerbanken. Auf jeden Fall deckt sich der Kompromiss nicht mit den Wahlversprechen, was wiederum die regierenden Parteien diskreditiert und sie nicht wiedergewählt werden. Anschließend nehmen die Wähler wahr, dass die folgende Regierung im selben Kompromiss oder einem ähnlichen gefangen ist. Sie haben ihre Stimmen auf Basis von niedergeschriebenen Wahlprogrammen abgegeben. In Wirklichkeit aber hatten die Wähler keine Wahl, da sich am Ende immer ein ungeschriebenes Programm durchsetzt - das die alten und die künftigen zwischenstaatlichen Kompromisse einschließt und das den schwachen Staaten von ihren mächtigen Gläubiger aufgezwungen wurde.

Dieses Fehlen einer wirklichen Entscheidungsmöglichkeit presst die europäische Gesellschaft in einen engen Konservatismus, ohne eine gemeinsame Ambition. Im Vergleich zu Nordamerika und Australien/Asien ist Europa zurückgefallen. Zahlreiche Europäer fühlen sich deklassiert, während Ungleichheiten weiter zunehmen und jede Menge Frustration nach sich ziehen, sowohl auf Seiten der Ärmsten also auch auf Seiten der Innovativsten. Dieses Phänomen ist nicht neu, es wird nur durch die Krise der Eurozone verstärkt. Bis zur Krise haben es die Regierungen unter Kontrolle gehalten, entweder durch eine Politik der kleinen Schritte oder indem sie in die Fußstapfen der Gründerväter traten. Niemals jedoch betraf einer dieser Schritte die Privilegien der politischen Eliten, wie beispielsweise bei der Ausweitung der Freizügigkeit für alle - von Arbeitnehmern auf alle in der Union Ansässigen - oder wie bei der Schaffung der Europäischen Zentralbank: letztlich sind Zollbeamte und Grenzpolizisten auch nur Beamte, die Zentralbank ist eine Regierungsbehörde und ihr Präsident wurde nicht vom Volk gewählt.

Unvollendetes Europa, aufgeschobenes Europa

Seit der Einführung des Euro ist der europäische Konstruktionsprozess zum Stillstand gekommen, da sich die Regierungen weigern, eine gemeinsame souveräne Instanz mit wirtschaftspolitischer Ermessensbefugnis einzurichten. Die geplante teilweise Abtretung der Einnahmen- und Ausgabenbefugnisse von nationalen Finanzministern und Parlamenten würde nicht nur den Status von obskuren Staatsdienern in Frage stellen, sondern auch ganz generell die Relevanz von nationalen politischen Mandaten. Hier sind nicht nur einfache Posten bedroht, sondern die Privilegien von Oligarchen.

Für dieses Risiko gibt es Beweise. Alle Schritte – die exakt bekannt sind – und die umzusetzen wären, um eine Fiskalunion in der Eurozone zu erreichen, sind an Voraussetzungen gebunden, nämlich: eine

Revision der Verträge, oder eine Verfassungsreform mit institutionellen Hürden; oder die Klärung der öffentlichen Angelegenheiten in den Mitgliedstaaten; oder ein Politik- und sogar Regierungswechsel, um sie wieder auf den Pfad der vorherrschenden wirtschaftspolitischen Doktrin zu bringen. Alles das ist gleichbedeutend mit der Aussage, dass die Verteidigung des Status quo, das heißt die Verteidigung nationaler ökonomischen Renten, immer wichtiger ist, als die gemeinsamen Interessen der Europäer, selbst in Zeiten der Not.

Politische Reformen sind mit dem Liberalismus im 18. Jahrhundert und dem Aufkommen der sozialen Frage im 19. Jahrhundert populär geworden: damals waren sie radikale Änderungen mit der Absicht, bessere Institutionen hervorzubringen, im Interesse des Volkes ganz allgemein oder zumindest der Schwächsten. Im Gegensatz dazu bedeuten „Reformen“ in der „Neusprache“ des Europäischen Rates getarnte Änderungen, die dazu dienen, die „Regeln“ beizubehalten, die zugunsten der Mächtigsten und Reichsten aufgestellt wurden, deren Interessen als identisch mit dem Allgemeininteresse gesetzt werden. Für die Bürger Europas ändern sich die Dinge einfach nicht mehr, am allerwenigsten durch „Reformen“.

Ein anderer Grund für die Tatenlosigkeit der Regierungen ist ihre Neigung, Entscheidungen über die nächsten Wahlen hinaus zu schieben. Die wichtigsten und dringendsten Entscheidungen werden plötzlich wie „heiße Kartoffeln“ behandelt, nicht nur, weil es riskant ist, sie selbst in die Hand zu nehmen, sondern weil es zu verlockend ist, sich diese Dinge vom Hals zu halten und den Nachfolgern zu überlassen. **Es ist beeindruckend zu sehen, was Regierungen alles nach den nächsten Wahlen tun können, was sie davor nicht machen konnten.** Eine alte Variante dieses Szenarios besteht darin, die betreffende Entscheidung nicht von seiner eigenen Wiederwahl abhängig zu machen, sondern vom Regierungsantritt einer Schwesterpartei in einem anderen Mitgliedstaat - als ob die Vollendung der Union davon abhinge oder warten könne, dass alle Regierungen zu einem gegebenen Zeitpunkt derselben politischen Familie angehören oder dieselbe ökonomische Doktrin vertreten.

Darüber hinaus sind die Entscheider in den Regierungen oder den Unternehmen gefangen; erstere durch ihre leeren Souveränitäten, letztere durch die Auswüchse des Aktienkapitalismus oder die Volatilität der Märkte. Immer kürzere Zeithorizonte, im besten Fall von der Länge eines Wahlmandats oder aber von nur wenigen Stunden vor dem Platzen einer Spekulationsblase lassen jegliche Vorausschau, Planung und langfristige Vision absurd erscheinen. Zeitgleich bringen die räumlichen Verhältnisse, die immer größer und größer werden, ob kontinent- oder weltweit, die nationalstaatlichen Entscheider in eine Position der Unterlegenheit gegenüber Staaten von kontinentaler Größe sowie gegenüber multinationalen Konzernen im Rohstoffsektor, in der digitalen Industrie oder gegenüber diversen multilateralen Organisationen. Alle diese größeren Entscheider stellen außerhalb jeglicher demokratischer Kontrolle geheime Regeln auf, welche nur von Whistleblowern aufgedeckt und von wenigen wertvollen Analysten entziffert werden. Ein Zentralbankpräsident hat dies einst die *„tragedy of horizons“* (**Tragödie der Horizonte**) genannt.

Wenn das politische Personal in den Nationalstaaten das europäische Projekt nicht begraben will, muss es früher oder später erkennen, dass Vorbedingungen, permanentes Aufschieben, Kurzfrist-Orientierung oder Souveränitätserhalt angesichts aktueller Dringlichkeiten und zunehmender Schwierigkeiten ein für alle Mal aus der Regierungspraxis verschwinden müssen. **Wenn die Bürger Europas sich nicht die Chance nehmen lassen wollen, über ihre eigene Zukunft zu bestimmen, müssen auch sie früher oder später erkennen, dass Demokratie auf nationaler, regionaler oder lokaler Ebene verwundbar bleibt für die Angriffe ihrer Gegner. Sicherheit braucht den starken Schild einer mächtigen Föderation, ganz gleich welcher Größe, auf dem gesamten Kontinent oder nur einem Teil davon, als Voraussetzung für jeden gesellschaftlichen oder staatlichen Wandel.**

Unvollständiges Europa, verletzliches Europa

Die Flüchtlingskrise 2015 und die Terrorangriffe am 7., 8., und 9. Januar und vom 13. November 2015 haben diese Verletzlichkeit für alle Welt sichtbar gemacht. Einwanderungs- und Asylpolitik sind nach wie vor und überall politische Drahtseilakte, angesiedelt zwischen dem universalen Prinzip der Nichtdiskriminierung und der Mehrheitsmeinung, zwischen Altruismus und Egoismus, zwischen der Anerkennung des Anderen und Selbstvergötterung, zwischen Empathie und Unverständnis, zwischen Teilen und Gier, zwischen dem Zulassen kultureller Vermischung oder dem Festhalten an der identischen Reproduktion einer Gesellschaft, zwischen der Freiheit, zu kommen und zu gehen und einer Passpflicht im Innern. Aber die Europäische Union befindet sich in einem einzigartigen Widerspruch. Sie leitet die europäischen Bürgerrechte und die Freizügigkeit ihrer Bürger aus dem Prinzip der Nicht-Diskriminierung aufgrund nationaler Herkunft ab. Gleichzeitig überlässt sie aber die Kontrolle ihrer Außengrenzen im Wesentlichen ihren Grenzstaaten - darunter auch das durch die Sparpolitik verarmte Griechenland. Diese Ungerechtigkeit ist unhaltbar. Umso mehr, als die heutigen Flüchtlingsströme nur die Vorboten weiterer Migrationsbewegungen sind, künftig wegen des Klimawandels. Die Europäische Union ist gut beraten, sich darauf einzustellen.

Keine Gesellschaft kann sich gänzlich vor Angriffen schützen, woher auch immer diese kommen mögen. Der Terrorismus kann nicht komplett ausgeremert werden. Er muss gemanagt werden.

Ein sicherheitsorientierter Ansatz allein reicht nicht aus. In der Europäischen Union wird jedoch alles noch erschwert, wenn man dieses Management den Mitgliedsstaaten überlässt, mit Verweis auf ihre Souveränität, während ihre Fähigkeiten in den Bereichen Geheimdienst und Polizei als Ergebnis ihrer Geschichte und ihrer Größe stark variieren und die Kooperation der Dienste gescheitert ist. Nicht alle Staaten sind bisher in gleichem Maße sicherheits- und staatsgefährdenden Bedrohungen ausgesetzt gewesen, aber alle haben die gleiche Illusion, dass sie mit dem Terror allein fertig werden können.

In der Europäischen Union gilt für jedes Individuum ein Recht auf Freiheit und Sicherheit. Die Flüchtlingskrise bedroht jedoch eine unserer wertvollsten Freiheiten und der Terror unsere Sicherheit, die ein Grundrecht im Rechtsstaat ist. Es wird deutlich, dass die Bürger Europas ein Gespür dafür entwickeln, dass sie sich gemeinsam in ein und derselben Situation befinden und dies eine gemeinsame Regierung verlangt. Die Antwort darauf ist nichts anderes als ein Staat, dessen Hauptzwecke seit Hobbes und Spinoza der Schutz von Freiheit und Sicherheit sind. Ein **föderaler Grenzschutz** agiert selbstverständlich unter der Kontrolle eines Innenministeriums, **Einheiten der Küstenwache** gehören einer föderalen Marine an, Terrorangriffe innerhalb der Union sind Angelegenheit einer föderalen Polizei, was eine Zusammenlegung der Datennutzung innerhalb der gesamten Union verlangt und damit einen **föderalen Nachrichtendienst**. Außerhalb der Union braucht es natürlich die Fähigkeit zu militärischen Einsätzen, was wiederum **gemeinsame Streitkräfte** erfordert. Was jedoch fehlt, ist der politische Wille, sich in diese Richtung zu bewegen und der Union die dafür nötigen eigenen Ressourcen zu geben.

Politik der Angst

Also muss man deutlich werden: **Wenn es der Europäischen Union nicht gelingt, diese Probleme auf dem Gemeinschaftsweg zu lösen**, obwohl die Verträge sie dazu verpflichten, wird das Recht, sich in Europa frei zu bewegen, aufgehoben werden. Zuerst in den Mitgliedstaaten, wo die Politik der Angst triumphiert, schließlich überall in Europa, da sich die Union auflösen wird. In Europa werden dann, zunächst in gegenseitigem Misstrauen, später in gegenseitiger Feindschaft, nationale Festungen entstehen, wo beim Übergang vom inneren Notstand zum Ausnahmezustand den Europäern letztlich die Demokratie selbst genommen werden wird. Was dann bleibt, werden bestenfalls „gelenkte Demokratien“ sein und „unfreie Regime“. **Dies wird die Ära der Auflösung einleiten.**

Wenn sich die Europäische Crew weiter darauf beschränkt, eindringendes Wasser auszuschöpfen und Risse zu kitteln – mit mehreren Treffen der 28 Regierungschefs jeden Monat – ohne aber den gemeinsamen Institutionen Mittel an die Hand zu geben, die denen der US-Verwaltung und des US-Kongresses vergleichbar sind, werden die Mitgliedstaaten der EU weiterhin die Europäer als

rücksichtslose Amateure darstellen, die auf das Schicksal warten oder auf mitfühlende Verbündete oder auf nachsichtige Feinde, die ihre Freiheit und Sicherheit schützen. Das Schiff wird volllaufen und der Untergang wird kommen. Es ist nur eine Frage der Zeit: Die Politik der Angst wird dennoch triumphieren. Mauern und Stacheldraht werden den Kontinent wieder teilen.

Wenn die nötigen Mittel und Ressourcen schon nicht für die Gewährleistung von Freiheit und Sicherheit zur Verfügung gestellt werden, warum sollte dies dann für den Energiewandel oder die Vollendung der Währungsunion geschehen? Die Mittelschichten leiden am meisten unter der von den Gläubigern der Mitgliedstaaten gestalteten Sparpolitik – einer Folge des berüchtigten Konsenses von Washington. Und sie leiden unter der Stagnation, die diese Politik nach sich zieht. Diese Schichten werden früher oder später die hohen Risiken verstehen, die sie eingegangen sind, indem sie das Prinzip „*there is no alternative*“ (TINA) akzeptiert haben, das sie nie bewusst gewählt haben, oder indem sie auf Einladung diverser Demagogen versucht haben, die Dinge umzuwälzen.

Seit langem schon lässt sich in der europäischen Integration das Aufkommen einer Allianz zwischen Intergouvernementalismus (nationalem Souveränitätsstreben) und Neoliberalismus (Dogma der Deregulierung) feststellen. Diese Allianz reduziert die nationale Politik auf einen einfachen Markt, wo Umfragen, fast immer national, nationale Bedürfnisse aufzeigen. Nationale politische Programme werden dann den nationalen Wählern mit dem Ziel vorgelegt, die zuvor aufgedeckten Bedürfnisse zu befriedigen, degradieren die Wähler jedoch zu passiven Konsumenten. Intergouvernementalismus ist nur eine komfortable Angewohnheit (in den Augen naiver Menschen) oder eine zynische List (in den Augen gerissener Leute), um die Breite an politischen Angeboten auf nur eine einzige Politik zu reduzieren. Die einzig mögliche Politik ist die per Konsens von einer Mehrheit von Regierungen entschiedene, die das gleiche Dogma unterstützen. All das bietet den großen Vorteil, etablierte Positionen in Politik und Medien zu erhalten.

Der TINA-Ansatz hat das Vertrauen in Mainstream-Parteien und die Politik von gestern zerstört, die vor allem mit „Globalisierung“ und dem „Brüsseler Europa“ assoziiert werden. Gleichzeitig wurde damit ein Weg für demokratische Kandidaten eröffnet, die entweder gegen die Sparpolitik mobil machen (radikale Linke) oder aber für national-kapitalistische anti-demokratische Kandidaten (Neo-Faschisten). Extrem-Mitte Politiker, angefangen bei den am wenigsten sozialen Liberalen bis hin zu den liberalsten Sozialdemokraten, haben sich entschieden, die Demokratie zu erniedrigen. Indem sie dies tun, erhalten sie den Status quo und die Banken (auf diese Weise ist Griechenland behandelt worden). Aber sie haben sich entschieden, die geheime (post-demokratische) Funktionsweise der Eurogruppe für alle sichtbar zu machen. Sie gingen sogar soweit, das Programm der Rechtsextremen vorwegzunehmen und seine Anwendung zu antizipieren (Vor-Faschismus), wie es aktuell in Frankreich der Fall ist. Einzig eine radikal demokratisch organisierte Politik und Wirtschaft, in allen Bereichen des öffentlichen Lebens, überall auf dem Kontinent, oder in einem ersten föderalen Kern, kann den Europäern ihre Ängste nehmen.

Politik der Hoffnung

Die demokratische Transformation Europas hat bereits begonnen, parallel zum Anstieg von Nationalismus, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Intoleranz, deren ideologische Basis in letzter Konsequenz die Konzentration auf die Nation ist. Diese Transformation wird nicht in einem Europa absolut souveräner Staaten oder einem Europa des Europäischen Rates oder der Eurogruppe gelingen. Nur eine föderale Verfassung kann den Bürgern und Völkern die **verfassungsmäßigen Garantien** der Mitgliedstaaten **garantieren**, in Zeiten, in denen die Regierungen darauf herumtrampeln oder versucht sind, dies zu tun. Welche Rechtsmittel blieben sonst einem Bürger, dem sein Ursprungs- oder auch sein Aufenthaltsstaat alle Rechte genommen hat? Um diese „**Garantie der Garantien**“ (René Cassin) geben zu können, müssen „souveräne“ Staaten „Mitgliedstaaten“ weichen. Sie können nicht länger das Monopol der öffentlichen Gewalt beanspruchen.

Damit sich die demokratische Transformation Europas nicht nur innerhalb von Ländergrenzen abspielt, muss sie diese Grenzen überwinden und sich aus allen aktuellen und geplanten bürgerlichen Initiativen nähren: Die Transformation muss transnational werden. Es spricht natürlich nichts dagegen, Gebete in Richtung Regierung zu schicken, ohne zu sehr daran zu glauben, dass sie erhört werden. Damit solche Gebete aber in Europa sofort in die Tat umgesetzt werden können, dürften sie nicht mehr von Bedingungen, Hindernissen und Widerständen abhängen, die mit einer einfachen Mehrheit überwunden werden könnten, wenn nur alle sich daran hielten. Aber warum sollten Regierungen oder nationale Parteien heute, angesichts diverser Bedrohungen, den Mut zeigen, den sie schon in ruhigeren Zeiten nicht gezeigt haben? Selbst jetzt, wo sie über alle Trümpfe verfügen? Warum nutzen sie diese nicht? Warum verspielen sie sie? **Die Bürger, die Städte, die Unternehmen müssen diese Transformation also selbst in die Hand nehmen, von unten noch oben, ohne Erwartungen an Regierungen oder politische Parteien.** Nur so kann wachsender Druck auf sie ausgeübt werden, bis er so stark wird, dass er irgendwann unwiderstehlich wird.

Hoffnung muss wieder neu aufleben. Hoffnung kann wieder neu aufleben. Man muss sich nur daran erinnern, unter welchen Bedingungen das Projekt eines freien und vereinten Europas entworfen wurde: unter dem Stiefel von Besatzern, heimlich in totalitären Regimen, in ihren Kerkern und Lagern, in den Widerstandsgruppen der Résistance. Unsere Regierungen, unserer Repräsentanten, die reichsten und mächtigsten dieser Welt - machen sie sich nicht lächerlich mit ihrem Zögern, aus ihrer jeweiligen Komfortzone auszubrechen, um die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts anzugehen? Verdienen sie nicht unsere Verachtung dafür, zu glauben, dass ihre Laissez-faire Politik, quantitatives Wachstum oder bezahlte Jobs universelle Antworten auf unsere Sorgen und die Bedrohungen sind, die über unserer Zukunft schweben?

Und dennoch: sind wir einfachen Bürger nicht auch, ganz wie unsere Regierungen, schuldig für unsere Gleichgültigkeit gegenüber künftigen Generationen, gegenüber unseren Kindern und Enkeln? Ist es nicht falsch, dass wir Politik und Demokratie misstrauen, aber gleichzeitig auf die alten Dämonen nationaler oder religiöser Diskriminierung setzen, um unsere Ängste zu besiegen? Sollten wir nicht stattdessen unsere Kräfte für neue Formen der freien Partizipation mobilisieren, in unseren Gemeinden oder unseren Vierteln, wo wir leben, bis hin zum gesamten Kontinent, der uns gemeinsam gehört?

Ein republikanischer Pakt für Europa

Wir einigen keine Staaten. Wir verbinden Menschen.

Jean Monnet, 1952.

Die Zeit ist reif zu erklären, dass der europäische Traum mehr ist, als ein Markt; dass **Europa das Ziel hat, gemeinsamen Wohlstand zu mehren, ohne die Verschiedenartigkeit der Menschen zu ignorieren.** Es ist Aufgabe der Völker und Bürger Europas, den Mitgliedstaaten eine Souveränität zu entreißen, die sie sich widerrechtlich angeeignet haben, seit sie ihr Versagen in Krisensituationen bewiesen haben, und diese souveräne Macht unter den Mitgliedsstaaten und auf gemeinsame Institutionen aufzuteilen. Die Zeit ist reif, endlich zu verstehen, **dass eine Föderation nicht einfach nur Staaten vereinigt, sondern in erster Linie Bürger, als Staatsbürger – als Völker der Staaten – und als Bürger der Föderation – als föderales Volk.** Dieselben Bürger sind zweifache Bürger. Die Föderation ist ein Gemeinschaftsprojekt, das auf einem Gründungsprinzip fußt, aufgestellt nach der Erfahrung des Nationalsozialismus: das **Prinzip der Nichtdiskriminierung.** Dieses Prinzip verbietet jede Form der Diskriminierung, sei es nach Herkunft, Religion, Geschlecht und auch Nationalität. Es ist also gegen genau jene Diskriminierung gerichtet, auf der zuvor die Abschottung in Nationalstaaten und die Teilung Europas beruhte.

Der Aufstieg der Rechtsaußen-Parteien in der Wählergunst hat seinen Ursprung in mangelnder sozialer und kultureller Einbeziehung. Diese Stimmgewinne zeigen jedoch auch, dass das Programm

von Parteien, die auf Abgrenzung und Abschottung setzen, mit einer existenziellen Krise der nationalen Gesellschaften einhergeht. Die Anwesenheit dieser politischen Formierungen überall in Europa zeigt paradoxerweise, wenn dies überhaupt noch gezeigt werden musste, die Existenz einer bereits transnationalen europäischen Gesellschaft. Diese Parteien, auf der Suche nach einer illusorischen „Reinheit“, predigen den Ausschluss der „Anderen“, sie bekräftigen den Vorrang von Inländern vor Fremden, von Anhängern einer Religion vor denen einer anderen, sie wollen die Grenzen trotz Asylrecht und Pflicht zur Gastfreundschaft schließen und planen, die Gleichstellung der Geschlechter rückgängig zu machen. Und diese kurze Aufzählung ist bei Weitem nicht vollständig.

Es ist also das Prinzip der Nichtdiskriminierung, aufgenommen durch den Europäischen Menschenrechtskonvent und bestätigt innerhalb der Europäischen Union durch die Charta der Grundrechte, auf dem eine Politik der Hoffnung fußen kann. Bürger und Netzwerke, repräsentative Organisationen der Zivilgesellschaft, frei von der Ideologie der Ausgrenzung, können zusammen einen **Europäischen Bürgerlichen Pakt** für gleiche Rechte und für politische Gleichheit ausarbeiten, so, wie die Résistance-Kämpfer oder die Nachkriegs-Gründer der Union es einst taten, um Europa und seinen Mitgliedsländern neue Albträume zu ersparen. Parteien und Sozialpartner könnten dazu eingeladen werden, **in jedem Mitgliedsland einen parteiübergreifenden Republikanischen Pakt (United Pact) für Europa zu unterzeichnen. Dieser Pakt würde bis zur Gründung der Föderation gültig sein und eine Reihe von Aktionen vom *business as usual* ausklammern (nämlich vom Wettstreit der Parteien um die Wählergunst und vom gemeinsamen Verhandeln der Sozialpartner). Der Pakt sollte einen Sozialvertrag, einen New Deal für die Wirtschaft und eine politische Verfassung beinhalten:**

1) Ein Sozialvertrag, um Ungleichheiten und der Entstehung eines Prekariats entgegenzuwirken und gleichzeitig die Begleitschäden der Sparpolitik in der Eurozone abzumildern. Dieser Deflationswettstreit hat die Staaten und ihre Bevölkerungen gegeneinander in einen erbitterten Wettkampf ihrer Lohn-, Steuer- und Sozialsysteme gestürzt, in einer Zeit, in der Vollbeschäftigung ein unerreichbares Ziel geworden ist. Auf der anderen Seite sollte den europäischen Bürgern ein klares Verständnis von ihrer Zugehörigkeit zu einer Gemeinschaft gegeben werden, die über die Mitgliedstaaten hinaus geht, einem kontinentalen gesellschaftlichen Corpus. Zu diesem Zweck sollte ein bedingungsloses Grundeinkommen für alle als neues „kontinentales Gemeingut“ eingeführt werden. Zum Teil könnte dadurch das Einkommen der Privathaushalte vom Zwang zu bezahlter Arbeit gelöst und die Gleichbehandlung aller Europäer vor den Widrigkeiten des Lebens garantiert werden. Diese neue Ausgabe könnte durch eine (Finanz-) Transaktionssteuer gedeckt werden.

2) Der New Deal für Europa (NewDeal4Europe) ist ein transnationales Regierungsabkommen, das auf energietechnische Unabhängigkeit und auf den Umweltschutz in den Gemeinden abzielt und Forschung und Innovation dem Ziel der nachhaltigen Entwicklung unterordnet. Dieser Vertrag, der stark zur Entstehung eines europäischen Bewusstseins beitrüge, erfordert zunächst (i) die Gründung von föderalen Finanz-Agenturen, um die Währungsunion zu vervollständigen, (ii) die Einrichtung eines CO₂-Preises – als eine weitere „kontinentale Allmende“ – und (iii) ein europäisches strategisches Netzwerk territorial geclusterter Industrieprojekte und transregionaler Projekte, die definitionsgemäß von jedem zwischenstaatlichen Wettbewerb ausgenommen sind.

3) Die Verfassung einer *res publica europae* – die Vereinigten Staaten von Europa – auf demokratischem Weg von unten nach oben, nach einer partizipativen Vorgehensweise. Revisionen der Verfassungen der Mitgliedstaaten würden dann folgen, inklusive, früher oder später, der Föderalisierung zentralisierter Staaten. Die erste Sorge sollte dabei sein, die Europäischen Bürger vor den Entgleisungen der Berufspolitik zu schützen. Das Vertrauen in die öffentlichen Institutionen wird dadurch auf dem gesamten Kontinent wieder hergestellt.

Diese Abkommen und Verfassungen sind das minimale Pflichtenheft für die Baustelle, die mit dem Europäischen Bürgerlichen Pakt und dem Republikanischen Pakten (United Pacts) für Europa und durch die lokal von der Bevölkerung initiierten Verfassungsinitiativen ins Leben zu rufen ist. Das vorliegende Kontinentale Manifest soll eine öffentliche Debatte anregen: Wie kann man alle Bürger in den verfassungsgebenden Prozess einbeziehen und später in die Gestaltung der öffentlichen Angelegenheiten? Wie kann es für alle Europäerinnen und Europäer möglich sein, gemeinsam ein annehmbares Leben zu führen? Wie kann es gelingen, durch ein Überdenken von „Unternehmen“ und „Staat“ die Kluft zwischen dem moralischen Anspruch und der Realität zu überbrücken? Es geht hierbei um den Weg, auf dem wir gemeinsam aus dieser Krise herauskommen und die nächste vermeiden, auf dem wir den Planeten retten, Europa und die Demokratie reparieren und wieder mit der Europäischen Aufklärung anknüpfen, dem „guten Leben“ und der Idee des „Gemeinsamen“.

Epilog

Soyons la même République, soyons les Etats-Unis d'Europe, soyons la fédération continentale.

Victor Hugo

Europa kann der Menschheit nur dienen, indem es für die Europäer und für alle anderen eine kosmopolitische Republik wird. Jede andere Perspektive wäre tödlich. Ein Europa, das nicht mehr zu seinen Werten von Humanismus und Aufklärung steht, würde in Barbarei und Aufklärungsfeindlichkeit untergehen.

Die Öffnung für alle diejenigen, die den Horror von Bomben, Giftgas und Vergewaltigung kennengelernt haben, und die dann noch den Mut haben, an den Ort zu flüchten, der ihnen als El Dorado erscheint, ist die einzig mögliche Antwort. Eine geschlossene Gesellschaft, durch Mauern oder durch Ignoranz, ist selbstmörderisch. Sie gibt vor, die Zeit anzuhalten. Europa so zu erhalten, wie es jetzt ist, hieße seinen Untergang zu programmieren.

Das Europa der Staaten hat sich in einer langen Phase der Stagnation festgefahren. Es zerstört sich selbst und kann seinen heutigen Bewohnern und den Flüchtlingen nur noch eine einzige Perspektive bieten: Unterversorgung für alle und gemeinsame Zukunftsängste.

CO₂-Neutralität und verteilte Energieerzeugung, das Internet der Dinge, die Kreislaufwirtschaft und das bedingungslose Grundeinkommen: alle diese Innovationen umreißen ein und dieselbe Vision für unseren Kontinent, für seinen Nachbarn und für den ganzen Planeten. In diesem Licht sind die Krise der ländlichen Gebiete und auch das städtische Unwohlsein zu analysieren.

Diese Perspektive verweist auf eine Baustelle und auf einen Garten: die Baustelle ist das Ziel, die energetische Unabhängigkeit jedes Haushalts zu erreichen; der Garten steht für eine reparierte Natur und eine mit ihrem Habitat versöhnte Menschheit.

Die Metamorphose Europas – allein das ist der Weg der Hoffnung. Der definitive Austritt aus dem 20. Jahrhundert. Die Erfindung der Zukunft Europas. Die Europäer müssen mit ihrer Nabelschau aufhören und von vergangener nationaler Größe zu träumen. Sie wird nicht wieder kommen. Mit Demut sollten wir gemeinsam eine offene Demokratie aufbauen, ein dauerhaftes und faires Modell. Es gibt keinen anderen Weg, um die Unruhestifter zum Schweigen zu bringen: Europa muss föderiert werden, um die Baustelle zu eröffnen und den Garten zum Blühen zu bringen. Die Zeit ist reif, ja überreif, um die Republik Europa aufzubauen.

Der Autor des Texts ist Bernard Barthalay. „Das kontinentale Manifest“ ist das Ergebnis eines Austausches, der bereits vor Jahren mit seinen Freunden von Puissance Europe/Weltmacht Europa (PE/WE, ein transnationales Initiativen-Netzwerk, das von einer Handvoll Europa-Föderalisten gegründet wurde) begonnen hatte und der auch in den sozialen Netzwerken, insbesondere auf seiner persönlichen Facebook-Seite stattfindet, aber auch auf denen von PE/WE und der Facebook-Seite von United States of Europe. Es ist weniger der Text eines einzelnen Autors als der Ausdruck eines starken gemeinsamen Verständnisses zwischen Individuen, die lernen, gemeinsam über die Zukunft Europas zu diskutieren. Dabei liegt eine Feststellung zugrunde, die Spinelli bereits in den Fünfzigerjahren gemacht hatte: Die nationalen Regierungen haben sich die Rolle einer europäischen Regierung zu unrecht angeeignet. Dies ist jedoch nicht ihre Rolle. Sie haben dafür kein explizites Mandat. Dennoch ist dieses System aus souveränen Staaten (Europäischer Rat und Eurogruppe) auch heute immer noch da.